

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bedburg lehnt den Haushalt 2008 ab. Das dürfte auch keine große Überraschung sein. Die Presse hat hierüber schon berichtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt besteht nur auf den ersten Blick aus reinen Zahlen. Hinter den Zahlen verbirgt sich eine Politik, mit der wir in einigen wesentlichen Punkten nicht einverstanden sein können.

Wir haben als SPD-Fraktion beantragt, das **Bedburger Freibad zu sanieren und damit langfristig zu erhalten**. Diesem Antrag sind Sie, Herr Bürgermeister, und die Kollegen von der CDU-Fraktion, nicht gefolgt. Sie wollen vielmehr die Entwicklung im Freibad erst einmal abwarten, anstatt zu sanieren. Worauf wollen Sie denn warten? Dass die Schäden noch größer werden? Oder wollen Sie die Kommunalwahl abwarten und das Freibad danach schließen?

Wenn Sie, Herr Bürgermeister und die Kollegen von der CDU, behaupten, dass Sie das Freibad erhalten wollen, so kann man bei genauer Betrachtung ihre Äußerungen und die Zielvorgaben im Haushalt nur für Lippenbekenntnisse halten. Ein klares Statement, auf das man sich wirklich verlassen kann, fehlt. Sie hätten es hier geben können, indem Sie dem SPD - Antrag zugestimmt hätten. Es ist nichts Schändliches, der SPD einmal zuzustimmen. Die große Politik in Berlin macht Ihnen das vor. Nur Mut.

Wir haben eine klare Meinung: Wir wollen das wunderschöne, über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Freibad langfristig erhalten, insbesondere für Familien mit Kindern, für Jugendliche und Liebhaber des Bedburger Freibades. Für uns ist auch das eine Form von Generationengerechtigkeit. Wir werden deshalb nicht locker lassen und uns für die Sanierung des Freibades einsetzen.

Ausschlaggebend für unsere Ablehnung des Haushaltes ist auch die Auftragsvergabe für das bekannte **Wellnessbad auf dem Kasterer Acker** und den damit verbundenen zu erwartenden direkten und indirekten Folgen für die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger, die wir hier vertreten.

Wir sind als SPD klar dafür, ein Hallenbad in Bedburg zu bauen. Das Schulschwimmen und das Vereinsschwimmen haben lange genug darunter gelitten, dass lange Fahrtwege zu anderen Hallenbädern in Kauf genommen werden mussten. Wir sind aber gegen ein Wellnessbad, das mit unkalkulierbaren Risiken für die Stadt und damit für die Bürger verbunden ist.

Insbesondere vier Punkte kritisieren wir:

1. Falsche Grundannahme des Bäderkonzeptes: Grundlage der Entscheidung war ein Bäderkonzept, nach dem einerseits das Hallenbad marode und andererseits das Freibad im höchsten Maße sanierungsbedürftig sei. Dies wurde öffentlich kommuniziert, insbesondere von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. An dieser Stelle zitiere ich die Kölnische Rundschau vom 16. Juni 2005 im Artikel „Sportbad mit Wellnessbereich - Bürgermeister Koerdt empfiehlt dem Stadtrat Kooperation mit „Monte Märe“:

Zitat:..... Koerdt nimmt den Faden auf: „Die Ausgangslage in Rheinbach war offenbar genau wie die in Bedburg: marode Bäder mit ungeheurem Zuschussbedarf.“ Zitat-Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tatsache ist, dass die angeblich so einsturzgefährdete Wand des Hallenbades selbst dem Sturm Kyrill standhielt und nur mit aufwändigem Einsatz von Abrissbirnen dem Erdboden gleichgemacht werden konnte - und - um das noch einmal in Erinnerung zu bringen: Der Abriss geschah ohne Beschluss des Rates.

Tatsache ist auch, dass der Bürgermeister bis heute unsere Fragen zu Schäden des Freibades und Kosten zur Beseitigung derselben nicht beantworten konnte. Und das, obwohl er ja bereits im Jahr 2005 öffentlich von maroden Bädern mit ungeheurem Zuschussbedarf sprach. Die Grundannahmen des Bäderkonzeptes

und infolgedessen die Beschlussfassung fallen damit wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

2. Verstoß gegen den Grundsatz sparsamer Haushaltsführung: Inhaltlich widerspricht das Projekt eklatant den Grundsätzen sparsamer Haushaltsführung, da die Stadt Bedburg erhebliche nicht kalkulierbare Risiken übernimmt. Die Übernahme des vollen Haftungsrisikos durch die Stadt Bedburg auch für den durch die Fa. Monte Märe zu betreibenden großräumigen Wellness- und Saunabereich stellt eine auf Jahrzehnte wirkende haushaltsrelevante Unwägbarkeit dar und ist nach Eurostat der öffentlichen Verschuldung zuzurechnen.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Dr. Kippels, von Ewigkeitsgarantien sprechen, die wir für das Freibad verlangen, dann darf ich Sie hier darauf aufmerksam machen, dass Sie bereits Ewigkeitsgarantien für Investoren mit riskanten Projekten gewähren.

Die Steuerzahlenden in Bedburg werden bei einer Insolvenz des privaten Investors dessen Millionenkredit weiter tilgen müssen. Mehrfach hat der Rat der Stadt Bedburg seinen Willen formuliert, die Daseinsvorsorge zum zentralen Aufgabengebiet zu machen. Dies wurde von der Verwaltung im Vergabeverfahren nicht eingelöst. Mit anderen Worten: Ein Hallenbad, was wir uns leisten können, war Ihnen nicht genug. Es sollte schon etwas Exklusiveres sein.

Und, als sei dies nicht schon genug, trägt die Stadt Bedburg auch noch das alleinige Risiko des zufälligen Untergangs der Anlage. Was bekommen wir als Gegenleistung dafür? - Nichts! Also auch hier ein Widerspruch zu den Grundsätzen sparsamer Haushaltsführung.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Worte an Sie, Herr Baum, als **Kämmerer der Stadt**, richten. Wir als SPD-Fraktion hatten erwartet, dass Sie Ihre Aufgabe als Kämmerer der Stadt wie in den letzten Jahren zuvor als geschätzter neutraler Sachwalter der Stadt Bedburg wahrnehmen und die von anderen Fraktionen vorgebrachten Bedenken ernsthaft beantworten. In den letzten Monaten haben

Sie es leider vorgezogen, zu kritischen Punkten zu schweigen und stattdessen die SPD-Fraktion und auch die FWG-Fraktion bei Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes zu belehren, dass sie doch dem Haushalt zustimmen müssten. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, dass Sie ihre Rolle zunehmend politisch verstehen. Schade. Aber wir haben verstanden.

3. Fehlende Berücksichtigung des Grundstücksgeschäftes bei der

Wirtschaftlichkeitsanalyse: Nach den allgemeinen Verdingungsunterlagen war eine Teilfläche von ca. 45.000 Quadratmeter des Kasterer Ackers für die baulichen Anlagen des Bades einschließlich Parkplatz vorgesehen. Für die restliche Fläche werde - außerhalb dieses Verfahrens - die Entwicklung einer Wohnbebauung vorangetrieben. Dennoch wurde auch die Fläche von ca. 66.000 Quadratmeter gekauft. Eine Notwendigkeit zur Realisierung des Bäderkonzeptes bestand nicht. Die Stadt trägt auch hier das volle Risiko. Sie hat sich nicht nur in Konkurrenz begeben zu den Eigentümern der größeren Flächen „Im Spless“ und an der Zuckerfabrik. Sie trägt alle Lasten der Infrastruktur, des Lärmschutzes und der Frankengräber.

Schließlich hat sie noch eine Fläche erworben, die im Auegebiet liegt und besonderer Gründungsmaßnahmen bedarf. Wer bei der Stadt die 66.861 Quadratmeter managt, wusste der Bürgermeister in der Ratssitzung nicht zu sagen.

Sie haben sich da also eine Sache an Land gezogen, bei der Sie von vorne bis hinten nicht wissen, wie damit umzugehen ist. Zumindest, Herr Bürgermeister, lassen Sie den Rat darüber im Dunkeln.

Damit die Sache richtig rund wird, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass auf jeden Fall die Verkaufserlöse der Wohnfläche „Kasterer Acker“ in den Haushalt 2008 als Einnahme kalkuliert sind. Es gibt Leute, die so etwas als „Zockerei“ bezeichnen würden.

4. Möglicher Verstoß des Vergabeverfahrens gegen die Grundsätze des § 107 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen: Den Ratsmitgliedern wurde dargestellt, dass der zuschussbedürftige Schwimmbadbereich durch ein „ProfitCenter“, welches durch den privaten Investor betrieben wird, finanziell alimentiert wird. Dieses Geschäftsmodell widerspricht dem Sinn und Zweck des neuen § 107 GO „Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung“.

Der Gesetzgeber hat mit der Neufassung des § 107 GO festgestellt, dass nur wenige Bereiche nicht unter die Betrachtung einer wirtschaftlichen Betätigung fallen. Hierbei werden ausdrücklich Badbetriebe genannt. Saunalandschaften und Wellnessbereiche verfügen bereits seit geraumer Zeit über einen eigenen und rein privatwirtschaftlich funktionierenden Markt, so auch im Umland von Bedburg. Es ist daher in höchstem Maße bedenklich, dass nunmehr durch Sicherungen der Stadt Bedburg ein neuer Wettbewerber auf diesem Markt faktisch mit staatlicher Unterstützung in Form der Übernahme von Haftung und Risiken tätig werden kann.

Um es klar zu sagen: Die Stadt Bedburg unterstützt demnächst die Konkurrenz der ansässigen Betriebe im Massage- und Wellnessbereich.

Der Gesetzgeber wollte diese Quersubventionierung mit seiner Novellierung deutlich einschränken. In der Plenardebatte stellt der FDP-Landtagsabgeordnete Horst Engel ausweislich des Protokolls 14/70 vom 20.09.2007 fest:

Zitat: „...Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen, dass die mit Steuergeldern finanzierten überörtlichen Betätigungen vorwiegend reine Gewinnerzielungsabsichten verfolgen, dass sie über die Strom- und Gasrechnungen nicht nur ihr Schwimmbad, sondern auch fragwürdige Betätigungen quersubventionieren müssen. Ich bin einmal auf das gespannt, was der Bundesfinanzhof demnächst zu Quersubventionierungen entscheiden wird. Vermutlich werden wir dann in Deutschland ein Erdbeben erleben.“ Zitat-Ende

Außer der Bädersituation in Bedburg gibt es für die SPD-Fraktion noch weitere Punkte, mit denen wir nicht einverstanden sind. Dabei geht es vor allem um das **Miteinander in dieser Stadt**. Das letzte Jahr hat gerade in der Rathausfrage gezeigt, wie wichtig es ist, die Bürger und Bürgerinnen zusammenzuführen und den Gemeinsinn zu stärken. Das fehlende politische Fingerspitzengefühl insbesondere von Ihnen, Herr Bürgermeister, hat maßgeblich dazu beigetragen, die Bürger in Bedburg gegeneinander aufzubringen. Ihre Aufgabe ist es aber, zu versöhnen statt zu spalten. Ähnliches droht nun, wenn es darum geht, bürgerschaftliches Engagement zu würdigen. Die Vereine, die den Sportplatz in Lipp oder die Alten Schulen in Lipp und Kirdorf für ihre Vereinsarbeit nutzen, stehen vor der Frage, wie es weitergehen soll. Die Alten Schulen sollen verkauft, der Sportplatz soll für die Wohnbebauung freigegeben werden. Erst die SPD-Fraktion musste darauf hinweisen, dass doch bitte schön zuerst den Vereinen Alternativen im Ort angeboten werden müssen, bevor die Verwaltung verkauft. Wir als SPD-Fraktion werden darauf achten, dass vor lauter Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Bürger und die Vereine in dieser Stadt nicht unter die Räder kommen.

Ich fasse zusammen: Die SPD lehnt den Haushalt 2008 der Stadt Bedburg ab, weil

- das Freibad entgegen unserem Vorschlag nicht saniert wird,
- das beschlossene Wellnessbad auf dem Kasterer Acker unkalkulierbare Risiken enthält,
- und das Engagement von Bürgerinnen und Bürger nicht angemessen berücksichtigt wird.

Unsere Verantwortung als Vertreter des Rates gebietet es, diesem Haushalt unsere Zustimmung zu versagen.
Vielen Dank.